

Protokoll:

Rm Biebricher (CDU) bezeichnet die Elektromobilität ein wichtiges Zukunftsthema. Man lege die Grundlagen hierfür in den Kommunen. Die Stadt sollte daher mit gutem Beispiel voran gehen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann- Göttig schlägt vor, den Antrag in den Umweltausschuss zu verweisen.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer führt aus, die Priorität der CDU-Fraktion liege auf der Elektromobilität. Sie wolle Stadt, Sparkasse und Unternehmen, insbesondere die KEVAG, einbeziehen. Diese biete zwar auch Naturstrom aus 100% erneuerbaren Energien an, gehöre allerdings zu den vier großen Energiekonzernen, die Atomstrom vertrieben.

Die jetzige Bundesregierung kündige zwar an, dass man alle E- Fahrzeuge mit Strom aus erneuerbaren Energien versorge, verlängere zugleich jedoch die Laufzeit der Atomkraft. SPD und Grüne haben den Atomkonsens Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und die Laufzeiten begrenzt. Die Priorität der Grünen liege deshalb auf dem Klimaschutz und den erneuerbaren Energien, sowie einer dezentralen Versorgung. Eine Zusammenarbeit mit der KEVAG, sowie der EVM und anderen Energieversorgern schlage man vor. Der entsprechende **Änderungsantrag** ihrer Fraktion laute:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung auf die Ämter für Umwelt- und Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der KEVAG, EVM und anderen Energieversorgern, das Themenfeld Elektromobilität zu bearbeiten und Initiativen zu unterstützen.

Parallel muss gewährleistet sein, dass der Strom nur aus 100% erneuerbaren Energien gewonnen wird.“

Die Elektromobilität sei es wert, unterstützt zu werden. Elektroautos und Fahrräder, sowie Roller, müssten bezahlbar sein, was durch Aufschläge bei Luxusautos erreicht werden könne. Innerhalb der Städte für Kurzstrecken bewahre sich die Elektromobilität schon. Die Intention des Antrags sei es das Umweltamt, die Wirtschaftsförderung, die Energieversorger, die Sparkasse und die Unternehmer zu unterstützen und insbesondere dabei den Klimaschutz in den Vordergrund zu stellen.

Rm Langner (SPD) unterstützt den Ergänzungsantrages und fügt an, dass die Stadt Koblenz bereits in Gesprächen mit Land sei. In Mainz habe man ein Kompetenznetzwerk Elektromobilität vorgeschlagen, sodass das Thema auf Landesebene schon bearbeitet werde. Mit dem zuständigen Ministerium habe man schon Gespräche geführt und sei darauf hingewiesen worden, dass die Görlitz AG in Koblenz die erste Elektrotankstelle eröffnet habe. Bezüglich der BUGA würden ebenfalls schon Überlegungen bestehen, die Elektromobilität zu fördern.